

Original: AY

Kopien: BRF JAC SRU KJP KT SFR MA GRN SIN SI HO DY VSG
GWB BOD LA AX PB RAE WI GH LH WOK CFR AJ HIR

Kopie nach Kenntnisnahme vertraulich vernichten!

Hnr

belgrad · 14.9.1990 10h15

118 hhhhh

confidentiel

eda, politisches sekretariat

- kopien an:- evd, bawi, staatssekretær blankart
 - evd, bawi, botschafter arioli
 - eda, politische abteilung i.
 - eda, generalsekretær r. schaller
 - emd-una
 - botschaft wien, verteidigungsattache,
 oberst ott (bitte per kurier uebermitteln)
 - botschafter indermuehle, ferienadresse

rp nr. 14/1990 380.0-knl/clm

k o s o v o : e r s t e a u s w i r k u n g e n d e r
s e r b i s c h e n g r o s s o f f e n s i v e

die lage in der offiziell autonomen, heute praktisch von serbien annektierten provinz kosovo hat sich in den ersten juli-wochen mit der aufloesung des parlaments in pristina, der absetzung der regierung, der einstellung albanischsprachiger medien und den massenentlassungen erneut verschaeerft. die von der serb. regierung ergriffenen sondermassnahmen, die zwar gegen verfassung und voelkerrecht verstossen, aber im kosovo endlich "rechtsstaatliche verhaelt-nisse" wiederherstellen sollen, bedeuten eine drastische verhaertung der serbischen position, die jeglichen dialog mit der alb. opposition und eine friedliche konfliktloesung bis auf weiteres verunmoeglicht.

anlass - oder vorwand - zu dieser eskalierenden gewaltpoli-tik, die auf auslaendische kritik stoesst (demarchen der meisten westlichen regierungen unter berufung auf ksze-mechanismus oder bilateral, wie ch) stoesst, war die "souve-raenitaetserklaerung" kosovos, mit welcher 114 albanische abgeordnete am 2. juli vor dem verriegelten parlamentsge-baeude in pristina fuer die albanische minderheit die gleichstellung mit anderen staatstragenden nationen jugos-lawiens und fuer die provinz einen status "wie fuer andere einheiten der foederation" verlangten. mit seiner politi-schen offensive hat milosevic die alb. opposition sichtlich ueberrascht: die alternativbewegungen, allen voran der demo-kratische bund kosovos, dessen registrierung als partei am 7.9. beim bundesjustizministerium und nicht wie ueblich bei den serbischen behoerden erfolgte, begnuegten sich mit einem aufruf zum passiven und gewaltfreien widerstand. ihr boykott des inszenierten referendums vom 1./2. juli ueber eine neue verfassung serbiens, die noch vor der abhaltung der ersten freien wahlen die verbliebene provinzautonomie endgueltig

beschneiden soll, blieb offensichtlich wirkungslos. mit dem angekuendigten boykott der wahlen wird sich der dem. bund

kopien gingen an: bawi
 emd, una
 botschaft wien, vert. -attache, oberst ott(ku

14.9.90 12.45h - o - za



wohl kaum mehr verhoer verschaffen koennen. schlimmer noch als die unzuelaenglichkeit demokratischer mittel in diesem konflikt ist die tatsache, dass sich einzelne alb. oppositionsfuehrer erstmals offeemhu einer trennung der provinz von serbien und zum anschluss an albanien bekennen, sollte sich eine befriedigende loesung innerhalb der jug. grenzen als unmoeglich erweisen. milosevic vermochte also die alb. alternative so weit in enge zu treiben, dass sie separatistische bekenntnisse ablegt, welche in den augen vieler jugoslawen die repression legitimiert. zwar hat der zivile ungehorsam der albanischstaemmigen bevoelkerung die wirtschaft kosovos dermassen geschwaecht, dass die kapazitaeten nur noch zu 35 o/o ausgelastet sind, der zu erwartende wirtschaftskollaps in dieser region wird aber zuerst die ansaesige, mehrheitlich albanische bevoelkerung treffen.

in diesem kontext kann der 24stuendige generalstreik vom 3.9. als erste konkrete antwort der alb. opposition gewertet werden, die sich nach wie vor fuzr eine demokratische und gewaltlose loesung des kosovo-konflikts einsetzt und auf jegliche provokation (demonstrationen, terrorismus) verzichtet, welche eine ausrufung des ausnahmezustands und neue gewaltinterventionen rechtfertigen koennte. der aufruf der neuen unabhaengigen gewerkschaft wurde von nahezu allen albanischstaemmigen arbeitnehmern befolgt. die serbische fuehrung hat ihrerseits mit der entsendung serb. arbeitskraefte nach kosovo eine stillegung der oeffentlichen dienste verhindern koennen. seither nimmt die taegliche unterdrueckung neue oekonomische repressionsformen an: schliessung von mehreren hundert geschaeften von albanern, disziplinarmassnahmen gegen streikende, massenentlassungen von kosovo-albanern, die durch serben ersetzt werden, zwangsverwaltung in betrieben.

diese politik, welche von den anderen teilrepubliken laengst nicht mehr mitgetragen wird, bringt auch die entwicklungen auf bundesebene und das zerbrechliche gleichgewicht im vielvoelkerstaat in gefahr: begleitet von agitationen der serbischen minderheiten in kroatien (knin), bosnien und herzegowina (foca), anschlussbestrebungen montenegros an das serbische "mutterland", zielt sie auf einen klaren positionsbezug im hinblick auf die faellige neugestaltung jugoslawiens nach 40jaehriger soz. herrschaft. solche bestrebungen sollen eine serbischen dominanz wiederherstellen, welche in titos foederation verhindert werden konnte, und stossen auf den widerstand konfoederalistischer tendenzen in slowenien und kroatien. dass die anhaltenden menschenrechtsverletzungen im kosovo den ersehnten anschluss jugoslawiens an den europaeischen integrationsprozess (annaeherung an eg und efta, beitritts Gesuche zum europarat und zur oecd) zumindest gefaehrden koennten, wird in kauf genommen. es ist aber v.a. markovic's reformprogramm, das durch diese radikalisierung bedroht wird: die von der bundeskammer endlich beschlossenen verfassungsaenderungen, welche die implementierung des markovic-

programms, des einzigen hoffnungsschimmers am jugoslawischen horizont, ermoglichen sollen, beduerfen gemaess verfassung der zustimmung der republik- und provinzparlamente, die aufloesung des parlaments in pristina stellt das vorhaben ernsthaft in frage.

der serbischen fuehrung ist es auch gelungen, jugoslawien durch mehrere zwischenfaelle international zu diskreditieren: erstens sollen alb. vertreter des provinzparlaments, weil sie westeuropaeische regierungen besuchten, strafrechtlich verfolgt werden, zwei von ihnen waren am 3.8. in bern empfangen worden. ferner hat das massive einschreiten der polizei bei einer empfangskundgebung fuer us-senatoren unter fuehrung robert j. doles in pristina am 29.8.1990 die serb. politik in den usa wieder in verruf gebracht. an der pressekonferenz erklarte dole, er sei "von der brutalen represionspolitik des kommunistischen serbiens, die im scharfen kontrast zur fortschrittlichen entwicklung in kroatien und slowenien stehe, tief beunruhigt". am peinlichsten ist aber die kuerzliche festnahme und anschliessende ausweisung von vier mitgliedern der internationalen helsinki-foederation. in einem ersten dementi wurde der tatbestand von den serbischen behoerden schlicht geleugnet. selbst nachdem delegationsmitglieder im oesterreichischen tv beweis vorgelegt hatten, verfieng sich serbiens fuehrung in immer konfusere erklarungen ueber angebliche missverstaendnisse in der ausl. presse.

derartige "stoerfaelle" zeigen, dass die belgrader regierung zunehmend in bedraengnis geraet und kaum mehr in der lage ist, die fassade eines rechtsstaates aufrechtzuerhalten. wenn bisher milosevics nationalistisches programm von gutglaebigen noch als aggressive aber konsistente politik zum schutz der serbisch-montenegr. minderheit im kosovo, zur rettung seines kommunistischen regimes und allenfalls noch zur sicherung der eigenen politischen karriere betrachtet werden konnte, so ist sie in den letzten wochen zu einer reinen besetzungspolitik verkommen, die immer mehr ins irrationale abzudriften droht.

der druck auf milosevic nimmt mit dem bevorstehenden wahlkampf auch innerhalb serbiens zu, selbst wenn von den serb. oppositionsparteien zur friedlichen problemloesung im kosovo nicht zuviel zu erwarten ist: die durchwegs anti-albanische haltung der parteien ist v.a. auf das politische klima in serbien zurueckzufuehren. die hiesige bevoelkerung scheint eine harte politik im kosovo und in suedserbien, wo muslimische gruppierungen kuerzlich fuer erste unruhen sorgten, zu befuerworten. xenophobe tendenzen machen sich breit. die demokratischen wahlen werden deshalb kaum den erhofften frieden fuer das kosovo bringen. auch milosevic wird seine nationalistische karte wieder zu spielen wissen.

feldmeyer

ambasuisse